



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE
OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

Frauenpolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Osnabrück 2021

Die Umsetzung der Istanbul Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Gewalt wurde am 09.03.2021 einstimmig vom Rat der Stadt Osnabrück beschlossen.

In Bezug auf die **Frauenberatungsstelle Osnabrück** als Unterstützungs- und Beratungseinrichtung für von Gewalt betroffene Frauen haben wir folgende Fragen:

1. Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen

- Wie bewertet Ihre Partei die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote für von häuslicher Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Osnabrück?

Mit den bestehenden Angeboten (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt, der Frauenberatungsstelle Osnabrück, dem Autonomen Frauenhaus, dem Mädchenzentrum „Cafe Dauerwelle“ sowie der Fachberatungsstelle von SOLWODI) verfügt die Stadt Osnabrück über ein tragfähiges Netzwerk, dass für von häuslicher Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen Unterstützung und Hilfe anbietet. Die qualifizierten Angebote der genannten Organisationen sind wichtig und notwendig.

- Wie bewertet Ihre Partei die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote für von sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Osnabrück?

Siehe oben.

- Wie bewertet ihre Partei die Situation der Frauenberatungsstelle Osnabrück?

Die Frauenberatungsstelle wird seitens der Stadt in 2021 mit 235.200 EUR und im Jahr 2022 mit 247.000 EUR gefördert. Davon entfallen 40.000 EUR im Jahr 2021 sowie 42.000 EUR in 2022 auf das Projekt „Beratung und Begleitung geflüchteter Frauen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt“.

In der Ratssitzung am 7.7.2020 wurde die städtische Zuwendung an die Frauenberatungsstelle Osnabrück ab dem Haushaltsjahr 2020 um den Betrag der zusätzlichen Miete für die im Erdgeschoss zusätzlich angemieteten Räume erhöht.

Damit ist die Frauenberatungsstelle – ohne Berücksichtigung der pandemiebedingten Besonderheiten – grundsätzlich auskömmlich aufgestellt. Die aufgrund besonderer Umstände angezeigten und nachgewiesenen zusätzlichen Mehrbedarfe sind seitens der CDU-Fraktion unterstützt worden.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE
OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- Mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie, die Situation der Frauenberatungsstelle zu verbessern?

Die Angebote der Frauenberatungsstelle sollten aus Sicht der CDU-Fraktion verstetigt werden. Deshalb werden wir uns für eine regelhafte Grundfinanzierung einsetzen.

Außerdem hat die Frauenberatungsstelle Osnabrück e. V. mit Schreiben vom 26. Mai 2021 einen Eilantrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Folgen gestellt. Die Fallzahlen zeigen einen signifikanten Anstieg der persönlichen Beratungen, der insbesondere im vergangenen Jahr deutlich zunahm. Um dem akut höheren Beratungsbedarf in dieser Situation Rechnung zu tragen und eine zeitnahe Beratung der Frauen zu ermöglichen, unterstützt die CDU-Fraktion die Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle bis Ende 2022.

- Wie will Ihre Partei die psychosoziale Beratungs- und Unterstützungsarbeit für geflüchtete Frauen, hier besonders das Angebot für von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffene geflüchtete Frauen, verstetigen?

In der Ratssitzung am 22.9.2020 hat die CDU-Fraktion der Fortsetzung des Projektes "Beratung und Begleitung geflüchteter Frauen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt" für weitere zwei Jahre zugestimmt. Nach Ablauf dieses Zeitraums ist die Situation anhand konkreter Kennziffern neu zu bewerten und zu entscheiden, ob das Beratungsangebot fortzusetzen ist.

- Plant Ihre Partei präventive Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt?

Die o. g. Träger sind die fachlich geeigneten Stellen, um die Präventionsarbeit zu leisten und insofern am besten geeignet, entsprechende Angebote zu entwickeln und umzusetzen

Diese unterstützen wir gerne durch unseren politischen Support, aber auch – bereits jetzt schon - durch die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der jeweiligen Beratungsstellen und Angebote.

Mit einem Antrag vom 3.11.2020 fordert die CDU-Fraktion zudem weitere Anlaufstellen zum Schutz von Kindern bei Kindesmisshandlungen und – missbrauch.

Dazu haben wir intensive Gespräche mit dem Fachdienst Familie – Sozialer Dienst, dem Mädchenzentrum und der Politik geführt. Die CDU Osnabrück fordert konsequent und weiterhin den Ausbau des Onlineangebots als niedrigschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche bei häuslicher Gewalt. Dieses ist uns in der Coronazeit ein besonderes Anliegen.

Eigene Präventionsmaßnahmen sind seitens der CDU Osnabrück zurzeit nicht geplant.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE
OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

2. Wohnen

- Was plant Ihre Partei, um speziell von Gewalt betroffenen Frauen ein kurzfristiges Wohnangebot zu ermöglichen, wenn sie vor häuslicher Gewalt fliehen müssen?

Grundsätzlich lässt sich zunächst feststellen, dass ein Vergleich mit anderen Kommunen in Niedersachsen zeigt, dass die Stadt Osnabrück nach Hannover landesweit die höchste Platzzahl im Osnabrücker Frauenhaus hat.

In akuten Notsituationen ist selbstverständlich unverzüglich Hilfe notwendig. Durch die Vernetzung der Frauenhäuser in der Region kann i. d. R. ein vorübergehendes Wohnangebot vermittelt werden, auch durch das in Niedersachsen eingeführte so genannte Ampelsystem. Dieses Angebot befindet sich nicht unbedingt am bisherigen Wohnort, was aufgrund der persönlichen Situation durchaus von Vorteil für die betroffene Person (und deren Kinder) sein kann.

3. Öffentlicher Raum und Sicherheit

- Welche Pläne hat Ihre Partei, um sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum zu verhindern?

Die CDU arbeitet stetig an weiteren Plänen, sexualisierte Gewalt zu verhindern. So wurde bspw. vom Bundestag im März d. J. ein umfangreicher Gesetzesentwurf zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder beschlossen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw12-de-sexualisierte-gewalt-kinder-830108>